

## Vorausseilender Vorgriff

### „Positivliste“ für AsS-Maßnahmen verunsichert

**E**s ist schon atemberaubend, mit welchem Tempo Schwarz-Gelb-Grün in letzter Zeit in Sachen Beschäftigungspolitik „wirbeln“. Letzter Vorstoß: In einer Sondersitzung des Sozialausschuss wenige Tage vor den Großen Ferien legten CDU, FDP und Grüne eine „Positivliste“ von Projekten vor, die im Rahmen von Arbeit statt Sozialhilfe (AsS) gefördert werden, die sie fortgeführt wissen wollen. Die nicht auf der Liste enthaltenen Projekte sollen nur auf gesonderte Entscheidung des Sozialausschusses hin weitergeführt werden. Als Konkretisierung eines von den drei Parteien Ende Mai durchgesetzten Ratsbeschlusses, ist die „Positivliste“ ein vorausseilender Vorgriff auf die vom Bund ab 2004 geplante weitgehende Abschaffung oder zumindest völlige Umstellung kommunaler Beschäftigungsförderung.

Erst bei der Juli-Sitzung des Sozialausschusses musste die etwas ungewöhnliche schwarz-gelb-grüne Koalition recht kleinlaut zur Kenntnis nehmen, dass die von den drei Parteien Anfang des Jahres gemeinsam eingebrachte Initiative zur Beschäftigung von über 50-Jährigen und von jugendlichen Sozialhilfeempfänger/innen so nicht umsetzbar ist. U.a. ging es darum, dass die Bezahlung unter Tarif bzw. zu den Garten- und Landschaftsbau-Tarifen erfolgen sollte, die deutlich niedriger sind, als die des Öffentlichen Dienstes. „Das ist im Hause nicht durchsetzbar“, hieß es in einer Stellungnahme der Verwaltungsspitze lapidar und zu Recht.

Trotzdem folgte der Schnellschuss „Po-

sitivliste“, der zu erheblicher Verunsicherung bei den Wohlfahrtsverbänden führte, mit denen die Stadt in punkto Beschäftigungspolitik kooperiert. Von den knapp 100 Trägern von ASS-Maßnahmen sollten nach der Liste gerade noch 62 übrig bleiben. Betroffen sind

vor allem die größeren Träger. Berücksichtigt man, dass die von EABG und Neuer Arbeit der Diakonie durchgeführten ASS-Projekte auf Grundlage eines Ratsbeschlusses zum großen Teil in das Beschäftigungsprogramm GATE überführt werden sollen, würden rund 620 der zur Zeit 1.013 in Essen besetzten ASS-Arbeitsplätze gestrichen, also mehr als 60 %.

Fortsetzung auf Seite 2 →

## Kriegslügen gestern, heute, morgen ... Aktion des Essener Friedensforums am Antikriegstag 1. September 2003, 17.00 Uhr, Burgplatz

Es sprechen u.a. Vertreter/innen aus  
Gewerkschaft, Kirche und Friedensbewegung

## „EIN SCHRITT VORWÄRTS, ZWEI SCHRITTE ZURÜCK“ GEMEINDEFINANZREFORM VÖLLIG UNZUREICHEND

„Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“ - nach dieser Methode versucht die Bundesregierung die Gemeindefinanzen zu reformieren. Ein Schritt vorwärts ist es nach Auffassung der PDS, dass die Gewerbesteuer bleiben und durch die Einbeziehung von Freibetrüffern auf eine breitere Grundlage gestellt werden soll. Ein Schritt zurück ist es jedoch, wenn Zinsen, Pachten und Mieten bei der Gewerbesteuer nicht mit berücksichtigt werden. Ein zweiter Schritt zurück ist die mit 5 Mrd. € deutlich zu geringere Entlastung der Kommunen.

Auch der Städtetag und die Kämmerer mehrerer Großstädte, darunter der Essener Kämmerer Dr. Zierold, haben sich entschieden gegen die Vorstellungen der Bundesregierung zur Gemeindefinanzreform gewandt. Die Gewerbesteuer soll zwar bleiben, Großunternehmen werden jedoch weiter entlastet. Während mittelständische Unternehmen rund 1,5 Mrd. € mehr zahlen müssen, werden die Kapitalgesellschaften nach ihren Berechnungen um fast 3,5 Mrd. € entlastet. Wird dies so beschlossen, würden sich große Konzerne weiter aus der Verantwortung für den Erhalt der kommunalen Infrastruktur verabschieden. „Der Anteil der Ka-

pitalgesellschaften an der Finanzierung städtischer Aufgaben sinkt von heute 62 auf künftig 44 Prozent“, heißt es in einer Stellungnahme des Städtetages, der davon spricht, dass die Gemeindefinanzreform eigentlich eine weitere Steuersenkung für Großunternehmen ist.

Solche Positionen teilt die PDS. Ein weiterer entscheidender Geburtsfehler der Gemeindefinanzreform wird vom Städtetag leider nicht kritisiert: Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe unterhalb des Sozialhilfeniveaus, die kurzfristig einen großen Teil der Entlastung für die Kommunen bringen soll, ist schlichtweg unsozial.

Am 24. September protestieren in Berlin auf Aufruf des Städtetages Kommunalpolitiker parteiübergreifend gegen die Pläne der Bundesregierung. Nur starker öffentlicher Druck kann die Gemeindefinanzreform noch in eine andere Richtung bringen. Mitglieder der PDS-Ratsgruppe sind in Berlin dabei. Die PDS will eine Gemeindefinanzreform, die die Konzerne zur Kasse bittet und nicht zulasten der Schwächsten der Gesellschaft geht.

**Gabriele Giesecke**

Nach den Hitzetagen auch in Essen wünscht die PDS-Ratsgruppe allen, die noch Ferien haben oder den Urlaub noch vor sich, viel Erholung. Ein besonderer Gruss an die, die es sich nicht leisten können, in Urlaub zu fahren – und das ist in jedem Jahr immerhin fast die Hälfte der Bevölkerung.

Gabriele Giesecke  
Sprecherin der PDS-Gruppe im Rat

## Situation ab 2004 ungeklärt

Abgesehen davon, dass CDU und Grüne in der Sitzung des Sozialausschusses selbst erklärten, die Liste bedürfe der Überarbeitung, ist sie in diesem Jahr gar nicht umsetzbar, weil die Verwaltung vertragliche Bindungen bzw. verbindliche Zusagen gegenüber den Trägern eingegangen ist. Eine Aufstockung einzelner Maßnahmen, wie in einigen Fällen vorgesehen, wird ebenfalls nicht möglich sein, da die in der entsprechenden Haushaltsstelle noch vorhandenen 550.000 € Rest-Mittel für Vergabeaufträge von Grün + Gruga eingesetzt werden sollen. Der Vorstoß war also völlig überflüssiger Aktionismus und verlief dementsprechend auch mehr oder weniger im Sande.

Dass CDU, FDP und Grüne trotzdem auf Verabschiedung bestanden, hängt wohl mehr damit zusammen, dass sie die Verwaltung unter Druck setzen wollen und die im Großen und Ganzen bewährte Kooperation mit den Sozialverbänden so nicht mehr wollen. Dabei ist die Situation für nächstes Jahr derzeit noch völlig unübersichtlich. Auch die Sozialverbände wiesen darauf hin, dass es zu früh ist, über die kommunalen

Möglichkeiten der Beschäftigungsförderung ab nächsten Jahr zu entscheiden.

Die PDS-Gruppe im Rat ist dafür, diese Diskussion im Herbst zu führen. Dabei muss es darum gehen, eine möglichst breit angelegte kommunale Beschäftigungspolitik zu erhalten, im Zusammenspiel mit der örtlichen, lokalen Wirtschaft. Globalisierte Konzerne haben gar kein Interesse, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Erschwert wird diese Diskussion, solange die von der Bundesregierung geplante Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe und die Zuordnung aller erwerbstätigen Sozialhilfeempfänger zur Bundesanstalt für Arbeit von den Kommunen als Entlastung des Haushaltes begrüßt wird. Denn genau dadurch wird die Beschäftigungspolitik voraussichtlich der Bundesanstalt zugeschustert.

Den Kommunen bleibt dann höchstens noch die Aufgabe, Maßnahmen im Rahmen der heutigen Gemeinnützigen Zusatzarbeit (GZA) als Träger für die Bundesanstalt auszuführen. Und das heißt dann, die Stadt würde Verwalter von Zwangsmaßnahmen.

**Wolfgang Freye**

## US-Leasing: 100.000 Euro in den Sand gesetzt

In der Juli-Ratssitzung bestätigte Kämmerer Zierold, dass der geplante Verkauf des Abwasser- und Trinkwassernetzes im Rahmen eines US-Leasing-Geschäftes gescheitert ist. Statt Geld einzunehmen, wurde Geld in den Sand gesetzt. Auf eine Anfrage der PDS-Ratsgruppe teilte Zierold mit, dass allein die Firma Due Finance rund 100.000 Euro von der Stadt Essen für „Beratungsdienstleistungen“ erhalten hat. Sie hatte den Auftrag, das geplante Geschäft „einzustielen“.

Darüber hinaus entstanden in der Stadtverwaltung weitere Verwaltungs- und Personalkosten, die der Kämmerer nicht näher bezifferte. Immerhin drei Beschäftigte – gut bezahlte Beschäftigte – waren „zeitweise“ eingebunden. Kosten entstanden auch bei den Stadtwerken durch „... umfangreichere Arbeiten für die technische Dokumentation der Netze, Begleitung der Gutachter und rechtliche Vorbereitung der Transaktion“.

Trotzdem kann man froh sein, dass der US-Leasing-Spuk in Essen erst mal ein Ende hat. Das ist in anderen Städten trotz zunehmenden Widerstandes nicht so. In Oberhausen hält die Stadtspitze – übrigens mit SPD-Parteibuch – gegen allen Protest am beabsichtigten Verkauf des Trinkwassernetzes fest. Sie läßt es auf einen Bürgerentscheid ankommen, der Ende September stattfinden wird. Wir wünschen der Initiative will Erfolg.

(Zitate aus der Antwort auf die PDS-Anfrage, die vollständig im Ratsgruppenbüro angefordert werden kann.)

**Gabriele Giesecke**

## STICHWORT: BÜNDNIS SOZIALE BEWEGUNG

Grundlage des „Bündnis soziale Bewegung NRW“ ist die „Castroper Erklärung“, die von der Landesbezirkskonferenz der Gewerkschaft ver.di im Mai verabschiedet wurde. Dem Bündnis gehören bisher u.a. an: Aktionsbündnis gegen Studiengebühren, Arbeitslosen-Initiative Düsseldorf, AWO Niederrhein, attac, DGB Landesbezirk NRW, Diakonisches Werk, Die Stadtgrünen Dortmund, Evangelische Arbeitnehmerbewegung NRW, GdP, GEW, KAB Kettlerhaus, KAB Köln, Kirchl. Dienst in der Arbeitswelt Westfalen, Koordinationsstelle für gewerkschaftliche Arbeitsloseninitiativen, Naturfreundejugend, Ruhrgebiets AG Soziale Grundrechte, Sozialverband Deutschland (SoVD), Sozialverband VdK NRW, der ver.di-Landesbezirk und die VVN-BdA.

Als vordringliche Aktivität will das „Bündnis soziale Bewegung NRW“ die Bildung entsprechender Bündnisinitiativen auf lokaler Ebene anregen und unterstützen. Noch vor Jahresende soll eine landesweite „Aktionskonferenz“ der lokalen Bündnisse stattfinden

Noch vor Jahresende soll eine landesweite „Aktionskonferenz“ der lokalen Bündnisse stattfinden, um sich über weitere Schritte zu verständigen.

**(wof)**

## „Wenn Räuberei zur Politik wird ...“ Veranstaltung des Bündnisses soziale Bewegung NRW

**W**enn Räuberei zur Politik wird, wird Widerstand zur Pflicht.“ Unter diesem Motto stand eine gut besuchte Veranstaltung des „Bündnis soziale Bewegung NRW“ mit Sven Giegold, Wirtschaftswissenschaftler und Koordinationskreis-Mitglied von attac Deutschland, miteten in der Ferienzeit, am 14.8. in der Zeche Carl. Mit Hartz-Gesetzen, Agenda 2010, Steuer- und Gesundheitsreform wird der Sozialstaat kaputt gemacht. Der kleine Mann soll den Gürtel enger schnallen und muss sich nun in „Eigenverantwortung“ um seine Rente, Krankenkasse und soziale Absicherung kümmern.

In seinem Vortrag zeigte Sven Giegold Alternativen zum jetzigen Sozialabbau der Bundesregierung auf. Die Mittel dafür sind in dieser reichen Bundesrepublik vorhanden. Sie sind aber unsozial verteilt. Der Sozialstaat kann nicht mehr finanziert werden, so heißt es in der öffentlichen Meinung. Sven Giegold zeigte auf, dass die benötigten Mittel durchaus da sind. Aber die großen Unternehmen und die Reichen dieses Landes haben sich mit Hilfe der Regierungen aus der gemeinsamen Finanzierung der Sozialleistungen verabschiedet.

Das neue Bündnis will sich für einen „Kurswechsel der Politik hin zu sozialer

Gerechtigkeit“ einsetzen. Man darf nicht tatenlos zusehen, darauf wies auch Sven Giegold hin, wie der Sozialstaatsgedanke vernichtet wird. Milliarden gehen unserem Staat verloren, weil z.B. gegen die Steuerflucht nichts unternommen wird. Unternehmen zahlen keine Steuern und erhalten zum Teil sogar noch Steuern zurück, aber die abhängig Beschäftigten werden immer weiter belastet.

Beim Kampf gegen Sozialabbau wollen Gewerkschaften, Sozialverbände, kirchliche Gruppen und das globalisierungskritische Netzwerk attac künftig im „Bündnis Soziale Bewegung NRW“ enger zusammenarbeiten. Mit dem „Bündnis Soziale Bewegung NRW“ hat in Nordrhein-Westfalen jetzt erstmals ein landesweiter Zusammenschluss die Arbeit aufgenommen, um sich für einen Kurswechsel der Politik hin zu sozialer Gerechtigkeit einzusetzen.

Als ein Ergebnis der Veranstaltung in Essen kann man die Bereitschaft vieler Anwesender werten, in einem lokalen Essener Bündnis mitzuarbeiten und entsprechende Proteste gegen die Agenda 2010 sowie weitere sozialfeindliche Maßnahmen in Essen mitzugestalten. Entsprechende Aktivitäten sind dazu in den nächsten Wochen zu erwarten. Die PDS-Ratsgruppe wird sich daran beteiligen.

**H.-J. Schwartz**

### BEZIRKSVERTRETUNG III

#### Postfiliale auf der Margarethenhöhe erhalten

Die PDS hat eine Initiative des SPD-Ortsvereins Margarethenhöhe gegen die Schließung der Postfiliale in der Metzendorfstraße unterstützt. In einem gemeinsamen Brief von Bürgerschaft Margarethenhöhe, Margarete Krupp-Stiftung, SPD Ortsverein E.-Margarethenhöhe, B. 90/Grüne in der BV III und des PDS-Vertreters in BV III wird die Postdirektion aufgefordert, die Postfiliale Metzendorfstraße entweder zu erhalten oder auf der alten Margarethenhöhe eine Partnerschaftsfiliale zu eröffnen. Eine solche Filiale ist inzwischen in der Sommerburgstraße auf der neuen Margarethenhöhe eröffnet worden. Insbesondere für die vielen älteren Leute auf der alten Margarethenhöhe, ca. 60 % der Einwohner/innen, ist das keine Lösung. Die Wege z.B. zum Abholen der Rente würden viel länger.

Der Umgang der Post mit den 8.000 Einwohnern der Margarethenhöhe ist unerhört. Auch die politisch Verantwortlichen der Stadt wurden erst vor wenigen Wochen informiert und vor vollendete Tatsachen gestellt. Im gemeinsamen Brief wird als Standort für eine Partnerschaftsfiliale auf der alten Margarethenhöhe der Verkaufsraum des Franz-Sales-Hauses vorgeschlagen, um die Versorgung sicherzustellen.

Da die Post mit nackter Ablehnung auf den Brief reagiert hat, wird die PDS einen Antrag für die nächste Sitzung der Bezirksvertretung III vorbereiten, möglichst mit anderen Parteien zusammen.

**Wolfgang Freye**



abgelehnt hat, hat die Bezirksvertretung IX mit den Stimmen von CDU und Grünen beschlossen, den Parkplatz am Baldeney-See so umzugestalten, dass er überhaupt nicht mehr als Parkraum zur Verfügung steht. Dadurch würde der regelmäßige Biker-Treff nicht nur unattraktiv, weil die Motorradfahrer ihre Fahrzeuge rund 500 m entfernt auf den oberen Parkplätzen abstellen müssten. Vielmehr sind die oberen Parkplätze so schlecht befestigt, dass zumindest schwere Maschinen dort gar nicht abgestellt werden könnten.

Die PDS-Ratsgruppe hält das für "kalte Ausgrenzung" der Motorradfahrer/innen. „Statt den Platz für ‚größere Gruppen Erholungssuchender‘ zu öffnen, wie die Bezirksvertretung vorgibt, wird eine Gruppe verdrängt“, heißt es in einer Pressemitteilung. „Wir sind der Meinung, dass in einer Großstadt wie Essen auch ein Biker-Treff möglich sein muss, zumal die Vergangenheit gezeigt hat, dass ein Miteinander verschiedener Nutzergruppen durchaus möglich ist.“ Die Bezirksvertretung hat sich mit ihrer Entscheidung auch über ein Votum des Seniorenbeirates hinweggesetzt, der sich ebenfalls für den Erhalt des Biker-Treffs ausgesprochen hat. Die Interessen der Motorradfahrer, die zumeist nicht zu den „Besserverdienenden“ gehören, berühren sie offensichtlich nicht so sehr wie die der wenigen Anwohner/innen im Grüngelände am See, die seit Jahren erfolglos auf dem Klagewege versucht haben, den Biker-Treff zu beseitigen.

Wegen der Haushaltssperre liegt der Beschluss erst einmal auf Eis. Da die Bezirksvertretung allein ohnehin nicht entscheidungsbefugt sein dürfte, wird die PDS das Thema in den Rat bzw. die zuständigen Ausschüsse einbringen. Unstrittig ist, dass eine Entflechtung des Verkehrs auf dem Parkplatz notwendig ist. Bereits im Oktober letzten Jahres lag im Ordnungsausschuss ein Vorschlag der Verwaltung vor, nach dem die Parkfläche am See eindeutig in Parkplätze für Schwerbehinderte, Autos und Motorräder unterteilt werden sollte.

**Wolfgang Freye**

#### Einigungsstelle segnet Bibliotheks-Konzept ab

Abgeschmettert hat eine von der Stadt angerufene Einigungsstelle vor wenigen Tagen die Bedenken des Personalrates der Stadt Essen gegen das von CDU und FDP durchgeboxte Bibliothekskonzept. Die Bedenken richteten sich vor allem dagegen, dass etliche Bibliothekar/innen abgebaut werden sollen und gleichzeitig ehrenamtliche Helfer insbesondere in den Stadtteilbibliotheken eingesetzt werden sollen.

### TERMINE

#### Montag, 1. September

„Kriegslügen gestern, heute, morgen ...“ Aktion des Essener Friedensforums am Antikriegstag. 17.00 Uhr, Burgplatz

#### Montag, 8. September

PDS-Ratsgruppe. 18.30 Uhr, PDS-Büro, An St. Marien 1

#### Mittwoch, 10. September

PDS-Treff. 19.30 Uhr, Haus Kalthoff, Lenbachstr. 3

#### Montag, 15. September

PDS-Ratsgruppe. 18.30 Uhr, PDS-Büro, An St. Marien 1

#### Dienstag, 16. September

Pro Asyl/Flüchtlingsrat. 19.00 Uhr, Interkulturelles Zentrum, Maxstr. 11

#### Mittwoch, 17. September

„Gewaltfrei gegen Atomwaffen? Wie geht das?“ Veranstaltung des Essener Friedensforums mit Dr. Wolfgang Sternstein (Friedensforscher, Gründer von EUCommunity). 19.00 Uhr, Volkshochschule, Hollestr. 75

Mit der Entscheidung der Einigungsstelle ist eine Möglichkeit dahin, die Umsetzung des Konzeptes doch noch zu stoppen.

„Wir werden das Bibliothekskonzept auch bei einer erneuten Vorlage im Rat ablehnen“, erklärte PDS-Ratsfrau Gabriele Giesecke. „Die Umwandlung der Stadtteilbibliotheken in Holsterhausen, Stoppenberg und Altdorf in Jugend- bzw. Schulbibliotheken kommt einer Teilschließung gleich. Der geplante Abbau von Beschäftigten wird zu einer weiteren Einschränkung des Angebotes und einem Gebrauchswert-Verlust der Stadtteilbibliotheken führen. Vor dem Hintergrund von PISA müsste dagegen gerade in einer Großstadt wie Essen jede Form von Bildung im unmittelbaren Lebensumfeld der Menschen gefördert werden, und das heißt im Stadtteil.“

Bemerkenswert ist, dass auch Personaldezernent Hülsmann inzwischen zugibt, dass das Konzept nicht wie versprochen funktionieren wird. Er geht davon aus, dass die ausgedünnte Personaldecke dazu führen wird, dass die kleinen Stadtteilbibliotheken im Falle von Erkrankungen der Bibliothekar/innen schon einmal „ein paar Tage“ schließen müssen. Darüber hinaus wird der angepeilte Konsolidierungseffekt auch nach Aussage von Herrn Hülsmann erst in etlichen Jahren erzielt werden.

**Wolfgang Freye**

### BEZIRKSVERTRETUNG IX

#### Motorradfahrer nicht ausgrenzen!

Der seit fast einem Jahr schwelende Streit um die Neugestaltung des Parkplatzes an Haus Scheppen hat einen neuen Höhepunkt erreicht. Nachdem sie im letzten Jahr eine Verwaltungsvorlage zur Entflechtung des Verkehrs

Miet-/Wohnprobleme? Wir helfen!

**MIETERGEMEINSCHAFT ESSEN E.V.**

Mitglied im DMB

Rechtsberatung, Wohnungsübergabeprotokoll, mobiler  
Reparaturservice, Feuchtigkeitsmessung, Schichten  
statt Richten, Wir stellen Ihnen Informationsmaterial zu.

Steeler Pfad 19 • 45307 Essen

Telefon: 0201-74 919 20 E-mailadresse: <NGEsseneV@aol.com>  
Telefax: 0201-61 579 25 in Internet : <gallery2100.com >

### IMPRESSUM

**STADTROTINFO**, Zeitung der PDS  
Offenen Liste im Rat der Stadt Essen  
An St. Marien 1, 45141 Essen.  
Tel. 0201-8602904, Fax 0201-8602906

Internet: www.pds-essen-im-rat.de  
E-Mail: buero@pds-essen-im-rat.de

## AUS DER LETZTEN RATSSITZUNG

In der Julisitzung stimmte der Rat der Verwaltungsvorlage „**Gesamtkonzeption zum bedarfsgerechten Ausbau von Ganztagsangeboten für Kinder und Jugendliche**“ zu. Alle Fraktionen und Gruppen unterstützten den bildungspolitischen Ansatz des Essener Konzeptes für Ganztagsgrundschulen. Trotzdem stimmten die Mitglieder der PDS-Ratsgruppe nicht zu. Der entscheidende Grund dafür ist der Sachverhalt, dass die Eltern ab einem Jahreseinkommen von 24.543 € (brutto!) einen Elternbeitrag in Höhe von 40 € im Monat zu zahlen haben – ein Einstieg in die Schulfinanzierung durch Eltern.

Ein Mischverkehrsweg von 6 m Breite soll zukünftig zum **Stadtgarten-Eingang der Philharmonie im Saalbau** führen. Dieses beschloss der Rat. Die PDS-Ratsgruppe plädierte in einem Antrag für einen um 2 m breiteren Zuweg. Damit sollte einem Vorschlag des Bürgerbündnisses Rechnung getragen werden, den Stadtgarten-Eingang eindeutig zum Haupteingang der Philharmonie zu machen, um Platz für einen weiteren Saal zu gewinnen und den Saalbau besser als „gute Stube“ der Stadt nutzen zu können.

Die SPD-Fraktion beantragte die Erstellung eines **Sozialatlasses** für Essen. Es geht um eine Analyse der sozialen Infrastruktur auf Stadtbezirks- und Stadtteilenebene. Der Sozialatlas könnte eine wichtige Hilfe bei der Prioritätensetzung im Rahmen der kommunalen Handlungsfähigkeit sein. Mit einem Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen wurde der SPD-Antrag in den Sozialausschuss und den Jugendhilfeausschuss zur weiteren Überarbeitung überwiesen.

Ein seit Wochen schwebendes Problem in Essen, die Folgen der geplanten Schließung des **Bethesda-Krankenhauses** in Essen-Borbeck, spiegelte sich in zwei Anträgen von SPD und CDU wieder. Beide Anträge forderten den Erhalt des Krankenhauses. Für die medizinische Versorgung von Borbeck ist dieser Erhalt von existentieller Bedeutung. Beide Anträge wurden bestätigt. Der CDU-Antrag, als Resolution verfasst, wird an die Landesregierung geschickt.

**H.-J. Schwartz**



**Bessere Zeiten im Nöggerathbad.** Gerade in diesem warmen Sommer erreichten die städtischen Bäder Rekord-Besuchszahlen. Im neuen Park auf dem Gelände des ehemaligen Kuhlhoffbades in Altenessen wurde sogar das Natur-Planschbecken „entfremdet“. Das Kuhlhoffbad fehlte ebenso wie das Nöggerathbad – insbesondere den vielen Einwohner/innen, die sich keine Urlaubsreise an die See leisten konnten. (Foto: Stadtarchiv)

## Widerstand nicht erledigt

### Viele Widersprüche gegen Bebauungsplanung Nöggerathbad

**C**a. 180 Widerspruchsschreiben sind nach Angaben der Bürgerinitiative West inzwischen bei der Stadt Essen gegen den Bebauungsplan für das seit drei Jahren geschlossene Nöggerathbad in Essen-Altendorf eingegangen. Die Widersprüche zeigen, dass es immer noch viel Widerstand und Unmut über die Bäderschließung und die geplante Bebauung der Fläche mit Einfamilienhäusern gibt.

Die ersten Antworten sind nun eingetrudelt. Allerdings sieht der Oberbürgermeister die Schreiben nicht als Widerspruch an, sondern als Anregungen. So heißt es in seinem Schreiben:

„Im Rahmen eines Bebauungsplanverfahrens können gemäß § 3 Baugesetzbuch (BauGB) Anregungen vorgebracht werden. Diese können positiven, zusprechenden oder negativen, ablehnenden Inhalts (Bedenken) sein oder weitere Anregungen erhalten. Die Einlegung eines Widerspruchs

auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts ist lediglich nach Erlass eines Bescheides (Verwaltungsakt) durch die Behörden möglich, nicht aber im Rahmen der Bürgerbeteiligung für einen Bebauungsplan oder eine Flächennutzungsplanänderung. Insofern deutet ich Ihren ‚Widerspruch‘ als Anregung ...

Ihre Anregungen werden entsprechend den Vorschriften des Baugesetzbuches dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Stadtplanung, der Bezirksvertretung sowie dem Rat der Stadt zur Prüfung und Entscheidung vorgelegt ...“

So wird den Beschwerdeführer/innen ganz formal einmal mehr klar gemacht, dass Mitsprache- und Entscheidungsrecht nicht gewünscht werden.

Wieder ist ein Sommer ohne Schwimmbad im Essener Westen vorüber gegangen. Wieder versucht die CDU Essen ihre Fehler zu kaschieren, indem sie ein nicht gewünschtes Außenbecken an der Oase und ein komplett runderneutes Freizeitbad verspricht. Und wieder ignoriert sie das Unverständnis und die Enttäuschung der sozial schwächeren Einwohner/innen Altendorf und Frohnhausen. Die nächsten Kommunalwahlen werden es hoffentlich zeigen, ob die Essener Bürger/innen weiterhin gewillt sind, diese desolate Politik und die sozialen und kulturellen Streichungen durch die CDU weiterhin hinzunehmen.

**Birgit Lüdtker-Jordan**

**Bestellschein:** Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der PDS-Gruppe im Rat der Stadt Essen erhalten. Bitte schicken Sie das **STADTROTINFO** kostenlos und unverbindlich an folgende Anschrift:

Name, Vorname

Straße

PLZ / Ort

(Bestellungen auch telefonisch möglich unter: 0201 / 860 29 04)